Der Wochenkommentar

Mindestlöhne lohnen sich nicht

Der 1. Mai stand ganz im Zeichen der Löhne. Forderungen nach staatlichen Lohnuntergrenzen haben indes schon länger Konjunktur. Sie sind zwar meistens gut gemeint, verfehlen ihr Ziel aber deutlich, schreibt Patrick Leisibach. Mindestlöhne seien kein treffsicheres Mittel gegen Armut, weil die meisten Betroffenen davon gar nicht profitieren. Ausserdem sind sie nicht zielgerichtet und können sogar sozialen Schaden anrichten, indem sie die Anstellung schlecht qualifizierter Menschen erschweren. Die Schweiz verfügt über ein engmaschiges Sozialnetz, das den Bedürftigsten der sozial Schwachen viel gezielter entspricht.

Mindestlöhne lohnen sich nicht

Hannah's Insights

Frühlingsputz im Regulierungsdschungel

In ihrem Video-Editorial fasst Hannah Wise die Erkenntnisse unserer neusten Studie «Vermessenes Staatswachstum» zusammen, in der die Autoren einen regelmässigen «Frühlingsputz» bei staatlichen Erlassen vorschlagen. Die Schweizer Demokratie sei zwar bekannt und bewundert für ihre Nähe zum Volk – dennoch sei der Einfluss des Staatsapparates ausserordentlich gross, lautet ihr Fazit.

Schweiz wächst nicht nur in die Breite

Versorgungssicherheit

Gasversorgung: Reicht es auch im nächsten Winter?

Die milden Temperaturen im vergangenen Herbst und Winter haben uns von Engpässen beim Gas bewahrt. Befürchtungen, dass es in Zukunft enger werden könnte, sind laut Simon Stocker berechtigt. Für die Versorgungssicherheit der Schweiz mit Gas bliebe ein Soldartätsabkommen mit Italien und Deutschland wünschenswert. Letzten Winter wurden viele zielführende, aber teure Massnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit umgesetzt, hinzu kam die Nachfragedrosselung aufgrund der milden Temperaturen. Die Schweiz sollte langfristiger und strategischer planen.

Gasversorgung: Reicht es auch im nächsten Winter?

Die Zahl

CO2-Lenkungsabgaben wirken. Zusätzlich zu den Kosten der Energieträger Heizöl und Erdgas fallen 120 Fr. pro Tonne CO2 an. Entsprechend haben im Gebäudesektor die Treibhausgasemissionen 2020 gegenüber 1990 um 39% abgenommen, während der Wert über alle Sektoren gerechnet nur 19% beträgt. *(PAD)*

Serie zum Wirtschaftswachstum (3/3)

Warum der Fokus auf das BIP zu kurz greift

Im ersten und zweiten Teil seiner Blog-Serie widerlegte Patrick Leisibach die immer wieder vorgebrachte Kritik, die Schweizer Volkswirtschaft wachse nur noch in die Breite. In der dritten und letzten Folge wird die eindimensionale Wachstumsdebatte nun geöffnet. Denn der starke Fokus auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als alleinige Kennzahl von Wachstum greift zu kurz und birgt die Gefahr, Wesentliches aus den Augen zu verlieren und Fehlinterpretationen hervorzurufen.

Warum der Fokus auf das BIP zu kurz greift

Podcast «Eco on the Rocks»

Manche glauben, der Staat sei in der Schweiz schlank und die steuerlichen Abgaben im internationalen Vergleich gering. In der aktuellen Folge wird der «staatliche Fussabdruck» unter die Lupe genommen. Sind die Auswirkungen der Politik, der Gesetzgebung und des staatlichen Handelns auf das Portemonnaie der Schweizerinnen und Schweizer tatsächlich so bescheiden, wie wir glauben? NZZ-Chefökonom Peter Fischer, Deloitte-Chefökonom Michael Grampp und Peter Grünenfelder diskutieren darüber, welche Aufgaben ein Staat wahrnehmen soll und welche nicht.

Was wäre die Schweiz mit weniger Staat?

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Steuern: In einer Analyse hat die «Neue Zürcher Zeitung» die Steuerbelastung von Schweizer Städten untersucht. Zwischen der Romandie und der Deutschschweiz treten deutliche Unterschiede zutage. Es sei davon auszugehen, dass die Bevölkerung in der Westschweiz vor allem in sozialpolitischen Belangen deutlich etatistischer eingestellt sei als jene in der Deutschschweiz, wird Lukas Schmid im Artikel zitiert. Deshalb übersasche die höhere Steuerprogression nicht. Lukas Rühli ergänzt, die Steuerunterschiede beeinflussten vor allem bei höheren Haushaltseinkommen die Standortwahl.

Staatlicher Fussabdruck: «Den Moloch Staat eindämmen» hat Arno Schmucker seinen Kommentar in der «Finanz und Wirtschaft» überschrieben. Darin beschäftigt er sich mit den Resultaten unserer Studie «Vermessenes Staatswachstum». Der Staat breite sich auf Kosten der Privatwirtschaft immer mehr aus, lautet seine Schlussfolgerung. Von links bis rechts werde laut Avenir Suisse der Staat zunehmend als Gehilfe zur Erfüllung jeweiliger Partikularinteressen gesehen. Deshalb sei die Schweiz alles andere als ein Hort einer neoliberalen Wirtschaft, sondern eher eines unseligen Neo-Etatismus.

Credit Suisse: In einem Schwerpunkt «Untergang der Credit Suisse» hat die Zeitschrift «Schweizer Monat» einen Beitrag unter dem Titel «Der grosse Murks» publiziert. Dem Bundesrat, der Nationalbank (SNB) und der Firma sei es zwar gelungen, das Finanzsystem zu stabilisieren. Sie hätten dabei jedoch rote Linien überschritten und neue Risiken geschaffen. Der Artikel verweist auf einen Kommentar von Jürg Müller, Lukas Schmid, Laurenz Grabner, in dem sie unter dem Titel «Der geldpolitische Tabubruch des Bundesrates» dargelegt haben, inwiefern der Bundesrat mit Notrecht zentrale Prinzipien der Geldpolitik ausgehebelt habe und die Unabhängigkeit der SNB untergraben wurde.

Auch «Watson» erklärte, wie bei der CS-Übernahme die Unabhängigkeit der Nationalbank eingeschränkt wurde. Ein wenig beachteter Aspekt betreffe die Liquiditätshilfe-Darlehen der SNB. Sie dürften gemäss Nationalbankgesetz nur gegen «ausreichende Sicherheiten» gewährt werden, doch gibt es nicht. Avenir Suisse habe dies scharf kritisiert. Das Konkursprivileg der SNB biete schlicht keine Sicherheit. Entsprechend habe Finanzministerin Keller-Sutter an der Sondersession eingeräumt, die Gespräche mit SNB-Präsident Thomas Jordan seien nicht ganz einfach gewesen.

Mieten: Das Newsportal «TsüriIs und die WoZ» haben sich dem Thema der steigenden Mietpreisen gewidmet. Unter dem (treffenden) Titel «Mietwohnungen: Ein Markt so kaputt wie ungerecht» wurden die grossen Anlagevermögen der institutionellen Vermieter beleuchtet. Dabei wurde auch ein Blog von Diego Taboada zitiert, in dem er vorgerechnet hat, dass alle Pensionskassen zusammen 17% aller Wohnungen hätten.

Arbeitskräftemangel: Die englischsprachige Website von «Swissinfo» hat über das wachsende Problem des Arbeitskräftemangels in der Schweiz geschrieben und sich dabei auf einen Beitrag des «Sonntags-Blicks» bezogen. Unter dem Titel «Weniger Zuwanderung, mehr Personalnot» wurde dort der Personalmangel im Gastgewerbe thematisiert. Auch in anderen Branchen verschärfe sich die Situation. «Wirklich die Wirtschaft gleich weiter wie in den letzten 20 Jahren, fehlen im Jahr 2050 rund 1,3 Millionen Fachkräfte», sagte Marco Salvi gegenüber der Zeitung. Es brauche stärkere Anreize zur Erwerbstätigkeit, etwa die Individualbesteuerung. Gefragt sei aber auch eine durchdachtere Zuwanderungspolitik: «Weil die Fachkräfte in Europa ebenfalls knapp werden, muss die Schweiz die Arbeitsmigration aus Drittstaaten verstärken.»

Wasserzins: Die Zeitschrift «Elektrotechnik ET» berichtete in ihrer Printausgabe über die bedeutende Rolle der Wasserkrafterzeugung für die Schweiz und diskutierte das «Oxauerthema Wasserzins». Avenir-Suisse-Forscher Patrick Dümmler und Mario Bonato hätten aufgezeigt, dass die Partikularinteressen mancher Kantone und die wettbewerbsfeindlichen Rahmenbedingungen auf dem Schweizer Strommarkt der Wasserkraft weitere Steine in den Weg legen.

Leistungsschutzrecht: Das geplante Leistungsschutzrecht für Medienunternehmen in der Schweiz verzögert sich weiter, hat das Portal Steiger Legal der gleichnamigen Anwaltskanzlei festgestellt. Das federführende Institut für geistiges Eigentum (IGE) und die Medienunternehmen scheinen sich hinter den Kulissen nicht einig zu werden, heisst es im Beitrag, der u.a. auf unseren Blog «Wenn Verlinken im Internet plötzlich kostete» referenzierte.

Unsere aktuellen Publikationen

Vermessenes Staatswachstum | Neue Medikamente | Gerechter studieren

© Avenir Suisse, Puls 5, Giessenstrasse 18, 8005 Zürich, Schweiz, avenir-suisse.ch

Über uns

Datenschutzerklärung
Warum Sie diesen Newsletter bekommen

Leiten Sie den Newsletter an einen Freund weiter

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie kommunikation@avenir-suisse.ch Ihrem Adressbuch hinzu.

Avenir Suisse · Puls 5 · Giessenstrasse 18 · 8005 Zürich, Schweiz
Abonnement verwalten